

Schweiz

Finma lässt Kontrolleure abblitzen

Die Finanzkontrolle musste zwei Prüfungen bei der Finanzmarktaufsicht abblasen, weil ihr der Zugang zu Dossiers verwehrt wurde.

Christian Brönnimann
Bern

Für die Finanzmarktaufsicht (Finma) gehört es zum Alltag, bei Banken und Versicherungen anzuklopfen und direkt in deren Büros zu kontrollieren, ob sie sich an die gesetzlichen Regeln halten. Etwa 80 solcher Vor-Ort-Kontrollen führt die Finma Jahr für Jahr durch. Hinzu kommen Hunderte kleinere Abklärungen.

Umgekehrt lässt sich die Finma offenbar nicht gerne in die Karten blicken. Dies hat die Revisionsstelle der Finma, die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK), zu spüren bekommen. Eigentlich hätte sie letztes Jahr neben der üblichen Abschlussprüfung bei der Finma noch zwei weitere Prüfungen durchführen wollen: Einerseits hätte die EFK die Tätigkeit der internen Finma-Revisionsstelle anschauen wollen. Andererseits wollte sie die Finma-Aufsicht im Krankenversicherungsbereich über die Zusatzversicherungen evaluieren.

Doch die EFK musste unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Befragungen von Finma-Mitarbeitern hätten zwar noch planmässig stattgefunden, sagt EFK-Direktor Michel Huissoud. «Doch dann bezweifelte der Finma-Rechtsdienst letzten Frühling unser Recht, Einsicht in Dossiers zu nehmen.»

Die Differenzen zwischen den beiden Stellen müssen gross sein. So gross, dass EFK-Direktor Huissoud zu einem ungewöhnlichen Mittel griff. Er machte den Konflikt - etwas verkleinert - öffentlich. Im Vorwort des diese Woche publizierten EFK-Jahresprogramms schrieb er, die geplanten Prüfungen hätten nicht stattgefunden, weil sich die Zusammenarbeit mit der Finma als «anspruchsvol-



Besuch unerwünscht: Die Finanzmarktaufsicht gibt sich verschlossen. Foto: Keystone

ler als gedacht» erwiesen habe. Und weiter: «Wir sind zuversichtlich, dass es dieses Jahr klappen wird. (...) Die Finma wird unseren Teams ihre Türen öffnen.»

Finma: «Kein Kommentar»

Die Frage drängt sich auf: Weshalb sträubt sich die Finma gegen die Kontrolle der eigenen Tätigkeiten? Hat sie etwas zu verbergen? Ein Sprecher will dazu keine Stellung nehmen und spielt den Konflikt herunter: «Die Finma ist selbstverständlich offen und unterstützend gegenüber den vorgesehenen externen Überprüfungen ihrer Arbeit und Organisation», teilt er mit. Nachfragen blockt er ab: «Weiter haben wir keinen Kommentar abzugeben.»

Laut EFK-Direktor Huissoud soll die Prüfung Fragen bezüglich Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit, Unabhängigkeit und Risikoorientierung beantworten. Dabei handle es sich um die normale Evaluationstätigkeit der EFK.

Klar ist aber: Im Bereich der Zusatzversicherungen hatte die Finma zuletzt alle Hände voll zu tun. Und sie steht in der Kritik. Der Hintergrund: Mit der neuen Spitalfinanzierung können die Krankenversicherer seit 2012 viel Geld sparen. Die Einsparungen müssen sie an die Versicherten weitergeben. Die Finma ist zuständig dafür, zu kontrollieren, ob das geschieht. 2013 überprüfte sie deshalb die Tarife sämtlicher Spital-

zusatzversicherungen. Bei fast der Hälfte verlangte sie Korrekturen. Das alles geschah hinter verschlossenen Türen. Nach «intensiven Gesprächen» hätten alle Versicherer die Vorgaben erfüllt, weshalb kein formelles Verfahren zur Tarifenkung nötig sei, schrieb die Finma im letzten Jahresbericht.

Jedoch bezweifeln Kantone und Konsumentenschutz, dass die Finma alle Mittel ausgeschöpft hat. Man gehe davon aus, dass die Prämien der Zusatzversicherungen «noch nicht flächendeckend und in erforderlichem Ausmass gesunken sind», schrieb die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren letzten September und forderte «mehr Transparenz und eine konsequente Überprüfung durch die Finma». Auch bei der Stiftung für Konsumentenschutz ist man skeptisch: «Wir gehen davon aus, dass die Prämien bei den Zusatzversicherungen nach wie vor zu hoch sind. Da müsste die Finma kontinuierlich kontrollieren, jedoch nimmt sie diese Pflicht nicht wahr», sagt die Leiterin der Stiftung, Sara Stalder.

Denkbar ist auch, dass sich die Finma der Kontrolle der EFK entziehen will, weil sie befürchtet, damit weitere Begehrlichkeiten zu wecken. Tatsächlich beschäftigen sich die parlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) schon seit einiger Zeit mit der Frage, ob sie genügend Mittel haben, um die Oberaufsicht von ausgelagerten Einheiten des Bundes wie der Finma wahrzunehmen. Laut Rudolf Joder, Präsident der GPK des Nationalrats, wird die Kommission in der kommenden Woche darüber diskutieren, «ob der rechtliche Rahmen angepasst und mehr Einflussmöglichkeiten geschaffen werden sollen».

Kommentar

Von Christian Brönnimann

Die Finma muss einlenken

Dass die Finma ihrer Revisionsstelle Dossiers vorenthalten, weckt Misstrauen. Zumal es um einen Bereich geht, in dem die Finanzmarktaufsicht ohnehin unter Druck steht. Ist die Finma mit den Krankenkassen streng genug, oder lässt sie zu hohe Margen zu? Nicht nur Konsumentenschutzler haben Vorbehalte, auch im Parlament gibt es kritische Vorstösse zu dieser Frage.

Bei der blockierten Prüfung geht es darum, herauszufinden, ob die Aufsicht über die Krankenkassen funktioniert. Dieser Bereich ist kompliziert, weil zwei Stellen involviert sind. Die Finma ist für die Zusatzversicherungen zuständig, das Bundesamt für Gesundheit für die obligatorische Grundversicherung. In einer solchen Konstellation gibt es naturgemäss Schnittstellen. Nur eine übergeordnete Instanz - die Finanzkontrolle - kann erkennen, ob diese gut bewirtschaftet werden.

Um die verfahrenere Situation zu lösen, muss die Finma einlenken. Es darf nicht sein, dass sie die obersten Finanzprüfer des Bundes auflaufen lässt und auf kritische Nachfragen mit einem «No comment» reagiert. So fügt sich die Finma auch selber Schaden zu. Geheimniskrämerei ist Gift für das Vertrauen, auf das die Finma angewiesen wäre, um wiederum die eigene Arbeit ungestört verrichten zu können.

Rasa will in die Offensive gehen

Am 9. Februar jährt sich das Ja zur Zuwanderungsinitiative. Nun bringen sich die Urheber der Gegeninitiative «Raus aus der Sackgasse» in Stellung.

Martin Wilhelm

«Raus aus der Sackgasse», verspricht der gleichnamige Verein, der die Zuwanderungskontingentierung wieder aus der Verfassung streichen will. Seit dem 2. Dezember läuft die Frist zur Sammlung von Unterschriften für die Initiative, deren Text in der Hauptsache aus einem einzigen Wort besteht: «Aufgehoben». Seit Beginn der Sammelfrist ist der Verein, der sich kurz Rasa nennt, kaum in Erscheinung getreten. Nur vereinzelt sammelten Vertreter Unterschriften in der Öffentlichkeit. 207 Follower auf Twitter und 1027 Likes auf Facebook deuten darauf hin, dass sich die Initiative bisher in den sozialen Netzwerken nicht zum Selbstläufer entwickelt hat.

Rasa versteht sich als «Bürgerbewegung», die mit der Streichung des Artikels 121a aus der Verfassung einen einzigen Zweck verfolgt. Das kann ein Vorteil sein, um ein breites Publikum anzusprechen. «Wir sind überzeugt, dass wir die Unterschriften zusammenbringen», sagt Vorstandsmitglied Leo Caprez. Die Initianten setzen auf den Aufbau lokaler Gruppen, die die Unterschriftensammlung übernehmen. «Wir erhalten viele Anfragen von Leuten, die unbedingt mithelfen wollen, damit das Volk beim Entscheid über die Zukunft der Bilateralen das letzte Wort erhält», sagt Caprez.

Prominente Mitstreiter

Am 9. Februar jährt sich der Volksentscheid zugunsten der SVP-Initiative. Dies wollen die Raza-Vertreter unter dem Motto «Ein Jahr danach» nutzen, um breiter in Erscheinung zu treten. Ein Budget gebe es für die Sammelaktionen bislang nicht, sagt Caprez, alle Arbeit werde ehrenamtlich geleistet.

Bei der Lancierung der Unterschriftensammlung stellte Rasa eine Reihe prominenter Unterstützer vor. Dazu gehören der Unternehmer Hansjörg Wyss, die Künstlerin Pipilotti Rist, der Fussballer Andy Egli und der Geschichtsprofes-

vor allem ihren Namen hergeben und andere Unterschriften oder Spenden sammeln, sind mit dem emeritierten Zürcher Staatsrechtsprofessor Andreas Auer und dem an der Universität St. Gallen lehrenden Privatrechtsprofessor Thomas Geiser zwei namhafte Persönlichkeiten im Rats-Vorstand vertreten.

Sammelnde Professoren

Die beiden engagieren sich nicht nur pro forma, wie Geiser betont. «Wir sind sehr aktiv. Das Engagement nimmt viel Zeit in Anspruch.» Auch Unterschriften sammeln die beiden persönlich. Geiser, der sich von den Solothurner Filmtagen meldet, sagt: «Ich habe Unterschriftenbögen dabei und werde hier sammeln.» Wie Auer ist auch Geiser von Anfang an mit dabei – mit dem Anliegen, dass «die Politik wieder vernünftig funktioniert, ohne Zwänge, die im Widerspruch zu vertraglichen Verpflichtungen stehen, die die Schweiz einging».

Ganz auf etablierte Strukturen verzichtete muss Rasa nicht. So haben der grüne Wirtschaftsverband Swisscleantech und der Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD) ihre Beteiligung zugesagt. Von Bedeutung dürfte aufgrund seiner Grösse besonders der VPOD sein. «Wir sind Initiativen- und Referendums-fähig», sagt Präsidentin Katharina Prelicz-Huber. Es sei zudem «enorm einfach», Unterschriften für Rasa zu sammeln. «Ich spüre bei ganz vielen Leuten grosse Dankbarkeit für die Initiative», sagt die frühere Grünen-Nationalrätin aus Zürich.

Stolpersteine auf dem Weg zur Rettung der Bilateralen sieht Caprez nicht: «Es gibt eigentlich keine. Wir wollen die Initiative ja nicht zwingend durchbringen - wenn sich in den Verhandlungen mit der EU eine andere Lösung findet, ist das auch gut.» Nach dem Entscheid der Nationalbank zur Aufhebung des Euro-mindestkurses sei zudem definitiv klar geworden, dass es «nicht um Masseneinwanderung gehe, sondern darum, Jobs zu erhalten und Planungssicherheit zu schaffen», sagt Caprez. «Wir haben seit dem Nationalbankentscheid sehr viele Reaktionen erhalten. Es zeigt sich nun, dass die Masseneinwanderungsinitiative ein grosser Stecken im Rad der Wirtschaft ist.»

Anzeige

UNVERWÜSTLICH & LEGENDÄR DIE TOYOTA 4x4-IKONEN

JETZT MIT BIS ZU CHF 7'000.-* EURO-BONUS



TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY



RAV4

AB CHF 26'900.-*
(inkl. CHF 5'000.- Euro-Bonus)

**LEASING
JETZT AB
0,5%**



toyota.ch



HILUX
DER UNVERWÜSTLICHE 4x4
AB CHF 24'400.-*



SIENNA
DER 4x4-LUXUS-VAN
AB CHF 59'900.-*



LAND CRUISER
DIE 4x4-LEGENDE
AB CHF 35'950.-*



LAND CRUISER V8
DER 4x4-KÖNIG
AB CHF 83'700.-*

* Empf. Netto-Verkaufspreis nach Abzug eines Euro-Bonus, inkl. MwSt. **RAV4** Luna 2.0 4x4, 111 kW (151 PS), 5-Türer, CHF 31'900.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 5'000.- = CHF 26'900.-, Ø Verbr. 7,3 l/100 km, Ø CO₂ 169 g/km, En.-Eff. F. Abgeb. Fahrzeug: **RAV4** Style 2.2 D-4D, 110 kW (150 PS), M/T, CHF 42'700.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 5'000.- = CHF 37'700.-, Ø Verbr. 5,7 l/100 km, Benzinäquiv. 6,4 l/100 km, Ø CO₂ 149 g/km, En.-Eff. D. **Hilux** Terra 2.5 D-4D 4x4 Single Cab, 106 kW (144 PS), M/T, CHF 26'900.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 2'500.- = CHF 24'400.-, Ø Verbr. 7,6 l/100 km, Abgeb. Modell: **Hilux** Sol Premium 3.0 D-4D 4x4 Double Cab, 126 kW (171 PS), M/T, CHF 44'400.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 2'500.- = CHF 41'900.-, **Sienna** 3.5 i V6 Dual VVT-i, 4x4, 198 kW (269 PS), CHF 66'900.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 7'000.- = CHF 59'900.-, Ø Verbr. 11,3 l/100 km, Ø CO₂ 260 g/km, En.-Eff. G. **Land Cruiser** Profi 3.0 D-4D 4x4, 140 kW (190 PS), 3-Türer, M/T, CHF 39'950.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 4'000.- = CHF 35'950.-, Ø Verbr. 8,1 l/100 km, Benzinäquiv. 9,1 l/100 km, En.-Eff. F. Abgeb. Fahrzeug: **Land Cruiser** Sol 3.0 D-4D 4x4, 140 kW (190 PS), 5-Türer, M/T, CHF 66'950.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 4'000.- = CHF 62'950.-, **Land Cruiser** V8 Luna 4.5 V8 D-4D 4x4, 200 kW (272 PS), 5-Türer, A/T, CHF 89'700.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 6'000.- = CHF 83'700.-, Ø Verbr. 9,5 l/100 km, Benzinäquiv. 10,6 l/10 km, Ø CO₂ 250 g/km, En.-Eff. G. Abgeb. Fahrzeug: **Land Cruiser** V8 Sol 4.5 V8 D-4D 4x4, 200 kW (272 PS), 5-Türer, A/T, CHF 110'800.- abzgl. Euro-Bonus von CHF 6'000.- = CHF 104'800.-, Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immat. Fahrzeugmodelle: 144 g/km. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,5%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 15%, Kautions Finanzierungsbeitrag 5% (mind. CHF 1'000.-), Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Die Verkaufsaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung ab 21. Januar 2015 bis 28. Februar 2015 oder bis auf Widerruf. Toyota Gratis-Service beinhaltet kostenlose Servicearbeiten bis 6 Jahre oder 60'000 km (es gilt das zuerst Erreichte). Der **Hilux** und der **Land Cruiser** Profi sind vom Gratis-Service ausgeschlossen. Abbildungen zeigen aufpreispflichtige Optionen.